

Anlage zu TOP 10.3 der Ratssitzung am 25.06.2013

Stellungnahme der JA-Fraktion zum Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Hand aufs Herz. Sind Sie nicht auch ein bisschen stolz, im Stadtgebiet Zülpich zu wohnen und zu leben? Da, wo andere Urlaub machen und ihre Freizeit verbringen, haben Sie und wir unser Zuhause, unser Gemeinwesen, unsere gemeinsame Heimat. Die, die vor uns waren, haben sie aufgebaut, wir verwalten sie und bauen sie aus, so gut wir können, und übergeben sie in einem fließenden Prozess nach und nach an die, die nach uns weiter Zülpicher sein werden und gerne hier leben und wohnen.“ (Zitat Ende)

Diese Worte stammen natürlich nicht von mir, sie sind Teil der CDU-Wohlfühlpolitik, die von Frau Merkel bis zum Ortsverband Zülpich auf allen Ebenen durchgezogen wird, egal wie die Verhältnisse tatsächlich sind. Hier am Beispiel eines Infobriefes im März 2013.

Am Beispiel Zülpich muss man den gerade zitierten Satz allerdings schon als wahre Volksverdummung ansehen. Seine Freizeit kann man hier vielleicht noch verbringen, wenn man auf einiges verzichtet. Urlaub kann man in Zülpich allerdings nicht machen, es sei denn im Rahmen einer Kurzzeitpflege oder auf dem Campingplatz.

Dieser kurze Diskurs gleich zu Beginn dieser Rede macht Sinn, da auch in der Finanzpolitik ein ähnliches Vorgehen der Ratsmehrheit zu erkennen ist.

Uns geht es hierbei auch nicht darum, Zülpich schlecht zu reden. Auch wir freuen uns über die großen Fortschritte in der Stadtentwicklung, die uns zweifellos nur durch die Ausrichtung der Landesgartenschau im kommenden Jahr möglich waren. Wir freuen uns über das überaus erfolgreiche Baugebiet Zülpicher Seegärten, das dazu beiträgt, die Bevölkerungszahl zumindest stabil zu halten.

Seit vielen Jahren war die Bewertung des Bürgermeisters zur städtischen Haushaltslage in Zülpich eindeutig: Ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft ist unmöglich. Nur mit Hilfe von Bund und Land kann eine Kommune wie Zülpich das strukturelle Defizit in Millionenhöhe abbauen.

Statt Hilfe hat Innenminister Jäger wohl eher ganz im Zeichen seines Kanzlerkandidaten die Kavallerie in die Kommunen geschickt. Ein Haushaltsausgleich innerhalb von 10 Jahren wird nun geradezu vorausgesetzt, ohne dass sich an den Rahmenbedingungen etwas geändert hätte. Ansonsten muss der klägliche Rest an freiwilligen Leistungen auch noch geopfert werden.

Als ultima ratio droht dann der jetzt schon berüchtigte Sparkommissar, der in Nideggen gerade sein Unwesen treibt.

Glücklicherweise hilft uns vor Ort auch hier die Wohlfühl-CDU: Im aktuellen Flyer wird uns versichert, dass sich die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Zülpich das Heft nicht aus der Hand nehmen lässt. Der Leser wird jedoch im weiteren Verlauf enttäuscht. Die CDU Zülpich hat leider keine innovativen Ideen im Köcher, wie das Haushaltsdefizit nachhaltig reduziert werden könnte.

Die kommunale Selbständigkeit, die hier hochgehalten wird, beschränkt sich schlussendlich darauf, selber zu beschließen, was ein Sparkommissar in Zukunft einmal vollziehen würde.

Bereits in der aktuellen Planung sind jährlich massive Anhebungen bei den Grundsteuern A und B und der Gewerbesteuer vorgesehen. Angesichts von vielen Jahren stabiler Hebesätze stellt dies einen absoluten Tabubruch dar.

Gleichzeitig orientieren sich die weiteren großen Einnahmeblöcke im Haushalt, wie beispielsweise der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, an äußerst positiven Erwartungen des Landes NRW, die jährliche Einnahmesteigerungen vorsehen. Konjunkturelle Einbrüche oder gar neue Wirtschafts- oder Finanzkrisen würden diese Zahlen ad absurdum führen. Im Ergebnis würde dann nach der

vorgegebenen Logik wieder nur eine zusätzliche Anhebung der Hebesätze über das bereits geplante hinaus übrig bleiben. Auf diese Weise könnte also schon in wenigen Jahren die Grundsteuer B verdoppelt sein, Grenzen nach oben gibt es offensichtlich nicht mehr.

Womit wir wieder beim Ausgangspunkt sind. Sind wir hier wirklich so attraktiv aufgestellt, dass wir uns eine solche Steuerpolitik erlauben können? Kommen dann wirklich noch Neubürger nach Zülpich? Werden dann noch ältere Immobilien auf unseren Ortschaften neue Eigentümer finden?

Auf eine solche Politik kann man nicht ernsthaft stolz sein. Sie ist derer in der Stadt Nideggen nur auf den ersten Blick überlegen. Sie kapituliert vor den Vorgaben aus Bund und Land. Während wir also jetzt an der Steuerschraube drehen, bieten sich die großen Volksparteien im Bund schon wieder einen Wettbewerb um die teuersten Wahlgeschenke für die Bundestagswahl.

Auch in diesem Jahr haben wir den Stellenplan abgelehnt. Erneut werden hier Vorgaben des Landes klaglos hingenommen. Das Personalbudget trotz zahlreicher Tariferhöhungen auf viele Jahre einfrieren zu müssen, wird schon bald spürbar Qualität in der Verwaltung kosten.

Von einem großen Personalblock hätten sich Teile des Rates und der Verwaltungsspitze am Liebsten ganz getrennt, bekanntlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den sieben städtischen Kindergärten. Mit welcher Scheinheiligkeit hier gerade seitens der CDU-Fraktion argumentiert wird, konnte man in den vergangenen beiden Amtsblättern verfolgen. Einerseits spricht man von angeblichen Qualitätssteigerungen, die man aber andererseits nur aus zwingenden Sparzwängen vollziehen würde. Während auf allen Ebenen Bildung von den Streichlisten ausgenommen ist, fangen wir beim Sparen genau dort an, bei Schulen und Kindergärten.

Die Grundschule Füssenich soll abgewickelt werden, weitere Grundschulen könnten folgen.

Eine Schulmensa haben wir bei redlicher Betrachtung nur deshalb, damit wir eine neue Stadthalle mit Hilfe zweier Fördertöpfe hinstellen konnten. Beides ist nach aktueller Betrachtung ein Reifall geworden. Deshalb kann man hier nur sagen: Forum Zülpich: - Doppelt gefördert und doppelt gescheitert.

Doch die Bürger sind völlig zurecht, gerade wenn es um die Förderung ihrer Kinder geht, besonders sensibel und mischen sich in diese politischen Fragen aktiv ein.

Deshalb erleben wir in diesem Jahr eine Sternstunde direkter Demokratie in Zülpich. Zwei als zulässig erklärte Bürgerbegehren zum Thema Kindergärten und vermutlich gleich auch zur Grundschule Füssenich stellen fast schon eine Zeitenwende dar.

Die schwierigen Entscheidungen, die angesichts der Haushaltslage und des demographischen Wandels anstehen, müssen aus unserer Sicht zwingend mit den Bürgern im wahrsten Sinne des Wortes abgestimmt werden.

Beenden möchte ich diese Rede selbstverständlich nicht, ohne mich bei Ottmar Voigt für die diesjährige Etatberatung mit unserer Fraktion und seine erneut sehr engagierte Präsentation des Haushaltes bei der Bürgerinformationsveranstaltung zu bedanken.

Die JA-Fraktion lehnt den Haushalt 2013 ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Timm Fischer, Fraktionsvorsitzender JA